

Das politische Grenzregime der DDR gegenüber Polen und der Tschechoslowakei



VON
JÖRG SCHUMACHER

Am 3. Oktober 1989 wurde der seit 1972 bestehende pass- und visumfreie Reiseverkehr zwischen der DDR und der Tschechoslowakei aufgehoben. Mit dieser Maßnahme reagierte eine überforderte SED-Führung auf die Massenflucht über die Tschechoslowakei und Ungarn. Damit war die DDR-Bevölkerung kurzfristig in ihrem Staat buchstäblich eingesperrt. Da dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden aber nicht erst seit Sommer und Herbst 1989, sondern Zeit seines Bestehens die Bürger davonliefen, stellten die Grenzen der DDR für die SED zu allen Zeiten ein Politikum ersten Ranges dar.

Im Zentrum der DDR-Forschung stand lange das zum Sinnbild für das Scheitern des ostdeutschen Gesellschaftsexperiments gewordene Grenzregime der DDR an der innerdeutschen Grenze. Unsere Kenntnisse darüber sind umfassend und weitgehend gesichert. Für die Ostgrenzen der DDR gilt dies nicht. Die Bedeutung von Ein- und Abgrenzung gegenüber den „Bruderstaaten“ im Kalkül der SED entzieht sich einfachen Erklärungsmodellen. Über den Zeitraum von 40 Jahren sind verschiedene Phasen des Grenzregimes zu beobachten, die, so die Hypothese des Dissertationsvorhabens, als Seismograf für den Stand der bilateralen Beziehungen aufzufassen sind. Auf der Basis umfassender Aktenrecherchen werden die ökonomischen, ideologischen, innen- und außenpolitischen Bestimmungsfaktoren untersucht und der Entwicklung des Grenzregimes kontrastierend gegenübergestellt. Einsichten in die Entscheidungsspielräume der SED-Führung, die Reichweite der Parteidiktatur und die Dilemmata, die aus dem Wechselspiel von umfassendem Kontrollanspruch und Liberalisierungserfordernissen folgten, werden gewonnen. Die Ausweitung des Blickwinkels auf die Entwicklung der Nachbarstaaten verdeutlicht, mit welchen Steuerungsproblemen offenkundig alle Staaten des Ostblocks konfrontiert waren.

Bereits in der ersten Phase des Grenzregimes, die vom Kriegsende bis zur Gründung der DDR reichte, wurden wichtige Weichenstellungen für die späteren Jahre vorgenommen. Mit der offiziellen Anerkennung der Gebietsabtretungen und der Vertreibungen im Osten, die im Widerspruch zur Haltung der Bevölkerungsmehrheit stand, schuf die SED-Führung die Basis für die spätere Anerkennung der DDR durch Polen und die Tschechoslowakei. Gleichzeitig legte sie damit aber auch den Grundstein für eine ideologisierte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die nicht dazu geeignet war, breite Bevölkerungskreise zu gewinnen, sondern diese aus dem öffentlichen und politischen Leben ausgrenzte. In beiden Nachbarstaaten wurde der von oben verordnete Wechsel der Ostdeutschen auf die Seite der Sieger des Zweiten Weltkrieges nicht nachvollzogen. Vielmehr überwog Miss-

trauen in den Beziehungen, zumal die Sowjetunion alles daran setzte, die „Volksdemokratien“ gegeneinander auszuspielen, um diese möglichst eng an sich zu binden. Hinzu kam, dass westdeutsche Politiker ähnliche Zugeständnisse, wie sie die SED gegenüber Polen und der Tschechoslowakei gemacht hatte, kategorisch ausschlossen. Angesichts der wechselvollen Machtpolitik Stalins befanden sich beide Staaten jedoch in einer Situation, die zur Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Kommunisten zwang. Andererseits galt es aber auch die eigene territoriale Integrität zu schützen und zu demonstrieren. Abgeschottete Grenzen und damit einhergehend die Zerschneidung kultureller Bindungen und Infrastrukturen waren die Folge.

Besonders in den durch die willkürliche Grenzziehung geteilten Städten zeitigte die gegenseitige Abhängigkeit z. B. in der Strom- und Wasserversorgung schwerwiegende Probleme, da benötigte Infrastrukturen oftmals auf dem Territorium des anderen Staates lagen. Gleichzeitig blühte in der Nachkriegszeit der Schmuggel, mit dem die Ortsansässigen die desaströse Versorgungslage zu verbessern versuchten. Längs der Grenze wurden Lager errichtet, die sich bald mit „Grenzverletzern“ füllten. Seit November 1946 wurden auf sowjetisches Geheiß Ländergrenzpolizeien aufgebaut, die den Schmuggel verhindern sollten und erstmals deutsche Behörden in den Schutz der Grenzen einbezogen. Von einem spezifisch ostdeutschen Grenzregime kann aber angesichts der Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht, die auch für Polen und die Tschechoslowakei zu verzeichnen ist, nicht ausgegangen werden.

Zwei Großereignisse stehen für den Anfang und das Ende der zweiten Phase des Grenzregimes gen Osten: Die Gründung der DDR 1949 und der Mauerbau 1961. Beide Ereignisse beeinflussten die bilateralen Beziehungen wie auch die jeweils gültige Sicherungsaufgabe an der Grenze. Die DDR war seit ihrer Gründung auf die diplomatische Unterstützung ihrer „Bruderstaaten“ angewiesen. Doch anders als es die Propaganda Glauben machen wollte, konnte von Brüderlichkeit in den Beziehungen kaum die Rede sein. Die Vergangenheit war noch zu präsent, um die ostdeutschen Annäherungsversuche auf fruchtbaren Boden fallen zu lassen. DDR-Delegationen stießen in den „Bruderstaaten“ lange auf große Reserviertheit, weshalb die Kontakte auf die Ebenen Partei, Regierung und Wirtschaft beschränkt blieben.

Unter Verweis auf die offene Grenze zu Westberlin und die damit verbundene Gefahr des Eindringens von „Agenten“ verstärkte Polen und die Tschechoslowakei die Sicherung ihrer Grenzen zur DDR. Kontaktaufnahmen im Grenzgebiet wurden verboten. Auch sollte die Flucht polnischer oder tschechischer Bürger über Westberlin verhindert werden. Um Souveränität zu demonstrieren, verhielten sich besonders die polnischen Behörden unkooperativ, was wie im Falle des Schiffsverkehrs auf der Oder bisweilen herbe ökonomische Einbußen für die DDR zur Folge hatte. Die SED-Führung hatte aber ein vitales Interesse daran, die Beziehungen zu ihren „Bruderstaaten“ nicht zu belasten, da sie auf deren Unterstützungsleistungen angewiesen war. Deshalb wurden die ostdeutschen Vertreter in allen Fällen angewiesen, den polnischen bzw. tschechoslowakischen Forderungen nachzukommen. Durch offizielle Sprachregelungen und durch die Freundschaftsgesellschaft „Helmut von Ger-

lach“ versuchte die SED das Misstrauen seitens der Nachbarstaaten abzubauen und Widerstände gegen die eigene Politik in der Bevölkerung auszuschalten.

Die DDR schloss 1956, nachdem ihr kurz zuvor „volle Souveränität“ von der Sowjetunion gewährt worden war, mit Polen und der Tschechoslowakei Verträge über den Einsatz von Grenzbevollmächtigten und die Zusammenarbeit im Grenzschutz ab. Der vergleichsweise offene Umgang mit der Entstalinisierung in den Nachbarstaaten beförderte das Abschottungsbedürfnis der SED, zumal die Führung angesichts der Ereignisse von 1953 jede Form von Destabilisierung befürchtete. Die weitere Entwicklung in Ungarn und Polen bestätigte diese Einschätzung, an der sich bis zum Mauerbau wenig änderte.

Zwischen 1961 und 1972 erfolgte die Einbindung der Deutschen Grenzpolizei in die militärischen Strukturen der DDR. Die an den Grenzen zur Tschechoslowakei und zu Polen eingesetzten Grenzbereitschaften übten – anders als an der innerdeutschen und der Grenze zu Westberlin – keinen Grenzschutz, sondern eine Grenzüberwachung aus. Diese terminologische Abgrenzung folgte aus der Entscheidung des Warschauer Paktes, das Hauptaugenmerk auf den Grenzschutz gegenüber NATO-Staaten zu legen. Durch Kooperation und Abstimmung der Sicherheitsorgane sollte an den Binnengrenzen der Personalaufwand reduziert werden. Da jedoch die „Bruderstaaten“ weniger Interesse an einer strikten Abgrenzung gegenüber dem Westen hatten als die DDR, waren deren Außengrenzen und Transitwege eine Schwachstelle in der Eingrenzungsstrategie der SED. Der Bau der Berliner Mauer hatte an den Ostgrenzen eine Umkehrung der Verhältnisse bewirkt: Viele DDR-Bürger suchten nun den Weg über Polen und die Tschechoslowakei, um in die Bundesrepublik zu flüchten. Seit 1962 bemühte sich die DDR deshalb um den Abschluss zwischenstaatlicher Kooperationsabkommen, die aber von beiden Nachbarstaaten aus Rücksicht auf die Bundesrepublik nur zögerlich umgesetzt wurden. Um den Druck auf die Grenzen zu reduzieren und um den Alltag im Grenzgebiet zu erleichtern, wurden im Verlauf der sechziger Jahre erste Abkommen über den „Kleinen Grenzverkehr“ getroffen und die Visumpflicht im Reiseverkehr zwischen DDR und Tschechoslowakei abgeschafft. Strenge Auflagen, Devisenzuteilung und eingeschränkter Touristenkreis sicherten den Kontrollanspruch der SED und ermöglichten den Aufbau eines Gratifikationssystems, welches linientreues Verhalten durch Zuteilung knapper Reisedevisen belohnte; die Reisendenzahlen blieben unter solchen Bedingungen weit hinter denen der siebziger Jahre zurück.

Die Aufrechterhaltung der Versorgungsanforderungen durch die DDR nach dem Mauerbau verstimmte die mit eigenen Problemen kämpfenden Nachbarstaaten. Ebenso beobachtete die SED-Führung eifersüchtig die Annäherungsversuche zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten. Die Öffnung der Tschechoslowakei für bundesdeutsche Touristen verstärkte die ostdeutsche Kritik an der Kulturpolitik der KPC und trübte die Beziehungen zunehmend. Mit der Einführung neuer Sicherungsmethoden versuchte die SED-Führung ihrem gewachsenen Abgrenzungsbedürfnis gerecht zu werden. Es ist kein Zufall, dass gerade an dieser Grenze durch bessere Kooperation der „Kräfte des Zusammenwirkens“, d. h. Volkspolizei,

MfS, Grenztruppen und SED, und durch Grenzsicherheitsaktive in den Grenzgemeinden die Überwachung auf das Hinterland der eigentlichen Grenzlinie ausgedehnt wurde.

Die Freundschaftsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei, deren Name über den Stand der Beziehungen täuschte, zwangen beide Nachbarstaaten zur Unterstützung der ostdeutschen Außenpolitik und nötigten zur Zurückstellung eigener Interessen. 1968 erreichten schließlich die Beziehungen zur Tschechoslowakei ihren Tiefpunkt. Die SED verurteilte die Reformen in Staat und Gesellschaft und betrieb den Einmarsch der Staaten des Warschauer Pakts. Verbände der NVA riegelten die gemeinsame und zum Sperrgebiet erklärte Grenze ab. Kontakte zwischen Bürgern beider Staaten kamen fast vollständig zum Erliegen oder wurden durch das MfS überwacht.

Der Wechsel an den Parteispitzen aller drei Länder war Voraussetzung für die seit den siebziger Jahren verbesserten bilateralen Beziehungen und die einzigartige Liberalisierung des Reiseverkehrs im Ostblock. Letztere sollte Gegengewicht zur Entspannungspolitik der Bundesrepublik sein, die bislang unbefriedigende ökonomische Kooperation befördern und ein neues Politikverständnis gegenüber der Bevölkerung demonstrieren. Von der Aufhebung jeglicher Beschränkung des Teilnehmerkreises und der Freigabe der Reisedevisen versprachen sich die Parteiführungen positive legitimationspolitische Effekte. Die unkontrollierten millionenfachen Reisesströme überforderten aber die unflexiblen Planwirtschaften und bewirkten zunehmend Verstimmungen angesichts fehlender Reisezahlungsmittel und negativer Handelsbilanzen. Deshalb wurden bereits 1972 komplexe administrative Maßnahmen zuerst in der Tschechoslowakei und dann in der DDR ergriffen, um die Reisesströme zu lenken und überhand nehmende „Touristenabkäufe“ zu verhindern.

Die ökonomischen Erwartungen, die an die Kooperation geknüpft worden waren, wurden ebenfalls nicht erfüllt; tatsächlich blieben die Ostblockstaaten immer weiter hinter den westlichen Industrienationen zurück, weshalb relativ schnell Ernüchterung eintrat. Auch die zahlreichen Kontakte zwischen Betrieben, Schulen und Privatpersonen erschienen der SED-Führung kritikwürdig, und es galt sie zu kontrollieren. Der Abschluss von Partnerschaftsplänen und deren Abstimmung mit der SED wurden Pflicht. Auf privater Ebene war eine vergleichbare Weisung nicht möglich, weshalb ein immer umfangreicheres Netz von IM die „Trefffähigkeit“ mit Bundesbürgern oder Kontakte von Oppositionellen überwachten. Zunächst diente dies der Vorbeugung von Republikfluchten und der Zurückdrängung des westlichen Einflusses auf die DDR-Bürger. Mit den polnischen Unruhen 1976 und 1980 sowie dem Entstehen einer unabhängigen Gewerkschaft trat zur Sicherungsaufgabe die Bekämpfung des „polnischen Bazillus“ hinzu. Die „zeitweilige“ Aussetzung des pass- und visumfreien Reiseverkehrs beendete die Phase der Reisefreiheit im Ostblock und steht gleichsam als Symbol für die harte Haltung der SED-Führung unter Erich Honecker im Moment der Bedrohung der eigenen Macht.

Und so blieb die Tschechoslowakei für DDR-Bürger bis 1989 das einzige Nachbarland, das visafrei bereist werden konnte, weshalb die Zahl der Touristen anstieg und die bereits defizitäre Devisenbilanz der

DDR belastete. Mit der mehrmaligen Anpassung der Tagessätze verfolgte die SED zwei Ziele: Erstens sollte durch minimale Devisenzuteilung die negative Handelsbilanz bekämpft und zweitens Individualreisen erschwert werden, was dem Kontrollanspruch entgegenkam. Da die Grenze zur Tschechoslowakei die letzte offene Grenze der DDR war, hatte sich der Handlungsspielraum der SED-Führung aber eingengt, was in der weitgehenden Beibehaltung der Reiseregelungen trotz wenig erfolgreicher Steuerungsmaßnahmen und wachsender Kritik in der Bevölkerung deutlich wird.

Die sich ab 1983 kurzzeitig stabilisierenden Beziehungen zu Polen machten die Aufnahme von Gruppenreisen und Jugendaustausche möglich. Allerdings blieben diese Reisemöglichkeiten eng begrenzt, da die SED-Führung nach wie vor den wachsenden Einfluss der katholischen Kirche und der Opposition in Polen kritisierte. Hinzu kam, dass mit der Ausdehnung der Territorialgewässer der DDR im Dezember 1984 ein seit den siebziger Jahren schwelender Streit erneut zugespitzt wurde. Die Nutzungsrechte der bislang von Polen beanspruchten Wasserwege wurden beschnitten, und bis 1989 konnte zwischen den „Bruderstaaten“ keine Lösung des Problems gefunden werden.

Auf die sowjetische Reformpolitik in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre reagierte die SED mit äußerster Zurückhaltung und übte einzig mit der tschechoslowakischen Führung einen Schulterchluss. Während in Polen und Ungarn die Reformen zu einer

Ablösung der kommunistischen Herrschaft führten, griff die SED-Spitze auf repressive Mittel zurück, um die wachsende Kritik im Lande zu bekämpfen und die seit Frühjahr und Sommer 89 stetig zunehmenden Republikfluchten über die „Bruderländer“ zu verhindern. Mit der Schließung der letzten Grenze kurz vor dem vierzigsten Jahrestag der DDR hatte sich die SED von der Realität verabschiedet und sich als Machtzentrum delegitimiert; schließlich konnte durch diese Maßnahme die Kritik nicht gemindert werden, vielmehr zählte die Reisefreiheit zu den wichtigsten Forderungen der Demonstranten im Herbst 1989. Wie die Akten des MfS zeigen, bestärkte diese Maßnahme viele Bürger noch in ihrer Kritik an der politischen Führung und auch die Fluchtversuche über die Ostgrenzen hielten weiterhin an. Bezeichnenderweise wurde der letzte Tote des DDR-Grenzregimes wenige Tage vor dem 9. November ertrunken an der Oder-Neiße-Friedensgrenze aufgefunden.

JÖRG SCHUMACHER, 1977 in Riesa geboren, seit Januar 2004 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1996 bis 2003 Neuere und Neueste Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Soziologie an der TU Dresden. Im Sommersemester 1999 Auslandsaufenthalt an der Universitatea „Babes-Bolyai“ Cluj-Napoca (Rumänien). 2003 Abschluss des Studiums mit einer Arbeit über „Probleme des paß- und visafreien Reiseverkehrs zwischen DDR und VR Polen 1972 bis 1980/81.“